

PRESSEMITTEILUNG

SPD-Stadtratsfraktion: Landespolitik muss Priorität auf Ganztagsbildung setzen

Schulterchluss zwischen Schule und Hort, Familie, Kommune und Freistaat notwendig

„Für eine ambitioniertere Ganztagsförderung brauchen wir deutlich mehr Unterstützung durch den Freistaat. Die Landespolitik muss hier bei den Haushaltsberatungen ganz klare Prioritäten setzen!“ fordert Dr. Anja Prölß-Kammerer, schulpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion „Der kooperative Ganztag ist ein großartiges Instrument zur Förderung der Kinder, aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bestätigen uns Bildungsexpert:innen, aber was noch viel wichtiger ist, auch die Eltern.“

Der Ganztagsanspruch ist nur zu bewerkstelligen, wenn alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und sich am massiven Ausbau der verschiedenen Formen der Ganztagsbetreuung beteiligen. Dazu zählen Angebote seitens der Schule und der Jugendhilfe gleichermaßen, also Mittagsbetreuung, schulische Angebote der Ganztagschule, der kooperative Ganztag sowie der massive Hortausbau.

„Nürnberg gibt in seinem Verantwortungsbereich alles und baut die Betreuungsplätze seit 20 Jahren stark aus. Wir liegen 14 Prozentpunkte über dem bayerischen Durchschnitt. Durch die steigenden Bedarfe haben wir aber aktuell nur eine Versorgungsquote von 71 Prozent. Um voran zu kommen und verlässlich planen zu können, brauchen wir dringend mehr Rückenwind aus München, ganz besonders bei den Ganztagsangeboten in schulischer Verantwortung, die der Freistaat Bayern energischer vorantreiben muss“, so Nürnbergs Sozial- und Jugendreferentin Elisabeth Ries.

Anstatt sich konstruktiv zu beteiligen, fährt der Freistaat bewährte Konzepte zurück.

„Der Freistaat lässt hier die Kommunen im Regen stehen. Aber was noch viel schlimmer ist: die Kinder und ihre Eltern! Modelle, die passgenau an die Situation im Stadtteil und der Kinder vor Ort angepasst sind, sind die Zukunft. Das geht nur im Schulterchluss zwischen Schule und Hort, Familie, Kommune und Freistaat. Gute Ganztagsbildung ist der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit“, erklärt jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Yasemin Yilmaz.

Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren auch auf Bundesebene durchgesetzt, weswegen ab 2026 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung für alle Grundschul Kinder besteht.

Kontakt:

Dr. Anja Prölß-Kammerer: 0175-7804537

Yasemin Yilmaz: 0163 - 8724526